

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Einleitung und Programm der Untersuchung .....	1

### Erster Teil

<i>Die Sonderstellung öffentlicher Unternehmen in einer primär privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung .....</i>	5
§1 Der Begriff des öffentlichen Unternehmens .....	5
§2 Die grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit öffentlicher Wirtschaftsteilnahme .....	16
§3 Die öffentlichen Unternehmen im primären Gemeinschaftsrecht ..	30

### Zweiter Teil

<i>Verfassungsrechtliche Strukturdirektiven für die organisatorisch-institutionelle Gestaltung öffentlicher Unternehmen ....</i>	39
§4 Grundsätzliche Wahlfreiheit bei der Organisation .....	39
§5 Einschränkungen der Wahlfreiheit .....	45
§6 Demokratische Legitimation, Verfolgung öffentlicher Aufgaben und Ingerenzpflichten der öffentlichen Hand als verfassungsrechtliche Organisations- und Strukturdirektiven für öffentliche Unternehmen .....	55

### Dritter Teil

<i>Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Organisations- und Strukturdirektiven auf der einfachrechtlichen Ebene .....</i>	97
§7 Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei Unternehmen mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform .....	97

§8 Motive des unternehmensmorphologischen Paradigmenwechsels . . . . .	149
§9 Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei Unternehmen mit privatrechtlicher Rechtsform . . . . .	173

**Vierter Teil**

„Verwaltungsgesellschaftsrecht“ als dogmatischer Lösungsansatz? . . . . .	269
§10 Das dogmatische Konzept des Verwaltungsgesellschaftsrechts . . . . .	270
§11 Kritik an der Lehre vom Verwaltungsgesellschaftsrecht . . . . .	279

**Fünfter Teil**

<i>Die Entwicklung einer „öffentlich-rechtlichen Gesellschaft“ . . . . .</i>	297
§12 Die de lege ferenda eröffneten Gestaltungsoptionen . . . . .	297
§13 Zum Stand der Diskussion um eine eigenständige Rechtsform für öffentliche Unternehmen . . . . .	305
§14 Konzeptionelle Grundentscheidungen . . . . .	340
§15 Einzelmaßgaben für eine Ausgestaltung der „Öffentlich-rechtlichen Gesellschaft“ . . . . .	357
§16 Zusammenfassung in Thesen . . . . .	390
Literaturverzeichnis . . . . .	397
Sachregister . . . . .	419

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Einleitung und Programm der Untersuchung .....	1

### Erster Teil

<i>Die Sonderstellung öffentlicher Unternehmen in einer primär privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung</i> .....	5
<b>§ 1 Der Begriff des öffentlichen Unternehmens</b> .....	5
A. Bestandsaufnahme: Differenzierte Terminologie und uneinheitliche Verwendung gleichlautender Bezeichnungen .....	5
I. Inkongruente Begriffsbildung in der deutschen Rechtsordnung .....	5
II. Unterschiedlicher Gebrauch in der Literatur, insbesondere in den Nachbarwissenschaften .....	6
III. Der Begriff des „öffentlichen Unternehmens“ in Art. 86 Abs. 1 EGV .....	7
B. Notwendigkeit einer eigenen Abgrenzung zum Zwecke der Untersuchung .....	10
I. Der institutionelle Unternehmensbegriff zur Kennzeichnung wirtschaftlich relevanter Staatstätigkeit .....	10
II. Das Adjektiv „öffentlich“ als formales Kriterium zur Ausgrenzung privatwirtschaftlicher Unternehmen .....	11
1. Eigenunternehmen .....	12
2. Gemischt-öffentliche Unternehmen .....	12
3. Gemischt-wirtschaftliche Unternehmen .....	13
III. Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen .....	14
<b>§ 2 Die grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit öffentlicher Wirtschaftsteilnahme</b> .....	16
A. Keine ausdrückliche Thematisierung im Verfassungsrecht .....	16
I. Grundgesetz .....	16
II. Landesverfassungen .....	17

B.	Mittelbar relevante Verfassungsaussagen des Grundgesetzes .....	18
	I. Thematisierung einzelner wirtschaftlicher Betätigungen .....	18
	1. Art. 88 GG (Bundesbank) .....	18
	2. Art. 87e, Art. 87f GG (Bahn- und Postunternehmen) .....	19
	3. Art. 143a, Art. 143b GG (Übergangsbestimmungen) .....	21
	4. Bedeutung der Thematisierung einzelner Sektoren .....	21
	II. Bezugnahme auf vorverfassungsrechtlich existente öffentliche Unternehmen .....	22
	1. Finanzmonopole .....	22
	2. Bundesbetriebe, Sondervermögen, Beteiligungen des Landes Preußen .....	22
C.	Keine aus den Grundrechten abzuleitende Unzulässigkeit staatlicher Wirtschaftsbetätigung .....	23
D.	Keine Begrenzung durch ein metaverfassungsrechtliches Subsidiaritätsprinzip .....	25
<b>§ 3</b>	<i>Die öffentlichen Unternehmen im primären Gemeinschaftsrecht</i> ..	30
A.	Anerkennung der Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen .....	31
B.	Zur mittelbaren Bindung öffentlicher Unternehmen an den EGV (Art. 86 Abs. 1 EGV) .....	32
C.	Die ausnahmsweise gewährte relative Bindungsfreiheit (Art. 86 Abs. 2 EGV) .....	33
	I. Abgrenzung der privilegierten Unternehmen .....	33
	II. Rechtliche oder tatsächliche Verhinderung der besonderen Aufgabenerfüllung .....	35
	III. Vorbehalt entgegenstehender Gemeinschaftsinteressen .....	37
  <b>Zweiter Teil</b>		
	<i>Verfassungsrechtliche Strukturdirektiven für die organisatorisch-institutionelle Gestaltung öffentlicher Unternehmen</i> .....	39
<b>§ 4</b>	<i>Grundsätzliche Wahlfreiheit bei der Organisation</i> .....	39
A.	Kontinuität zur Weimarer Rechtspraxis .....	39
B.	Hinweise im Grundgesetz .....	40
	I. Private Rechtsformen im VIII. Abschnitt .....	40
	II. Wahlfreiheit als Ausfluß der Garantie kommunaler Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG) .....	42
<b>§ 5</b>	<i>Einschränkungen der Wahlfreiheit</i> .....	45

A.	Einschränkung der Wahlfreiheit durch Maßgaben des VIII.	
	Abschnitts des Grundgesetzes .....	45
	I. Impermeable Typik der Bundes eigenverwaltung .....	45
	II. Die Notwendigkeit systemwahrender Auslegung des Art. 87d Abs. 1 S.2 GG .....	47
	III. Ingerenzmöglichkeiten bei der Bundesauftragsverwaltung .....	48
B.	Einschränkung durch den Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG .....	49
C.	Föderale Schranken einer Wahlfreiheit .....	52
§ 6	<i>Demokratische Legitimation, Verfolgung öffentlicher Aufgaben und Ingerenzpflichten der öffentlichen Hand als verfassungsrechtliche Organisations- und Strukturdirektiven für öffentliche Unternehmen</i> .....	55
A.	Anforderungen aus dem Demokratieprinzip .....	55
	I. Die institutionelle und die funktionelle demokratische Legitimation .....	55
	II. Die organisatorisch-personelle demokratische Legitimation ..	56
	1. Das Volk als Legitimationssubjekt .....	57
	2. Legitimationsbedürftige „Staatsgewalt“ .....	58
	3. Die organisatorisch-personelle demokratische Legitimation in Kollegialorganen .....	60
	a) Meinungsstand .....	60
	b) Lösungsansatz: Legitimation der Entscheidung .....	61
	c) Das Prinzip der doppelten Mehrheit .....	62
	III. Die sachlich-inhaltliche demokratische Legitimation .....	66
	IV. Kompensationsmöglichkeiten .....	67
B.	Anforderungen aus dem Rechtsstaatsprinzip .....	68
	I. Funktionelle Gewaltenteilung und institutionelle Gewaltentrennung, Art. 20 Abs. 2 S.2 GG .....	68
	1. Die Inkompatibilitätsregel des Art. 137 Abs. 1 GG .....	69
	2. Abgeordnete in Aufsichtsorganen öffentlicher Unternehmen ..	72
	II. Der institutionelle Gesetzesvorbehalt .....	74
	1. Verwaltungsorganisation zwischen exekutiver Organisationsgewalt und Wesentlichkeitstheorie .....	75
	2. Die vom institutionellen Gesetzesvorbehalt geforderte Regelungsdichte .....	79
	III. Der allgemeine Funktionsvorbehalt gemeinwohlorientierter Aufgabenwahrnehmung .....	80
	1. Notwendigkeit der Rechtfertigung öffentlicher Wirtschaftsaktivität durch gemeinwohlbezogene Erwägungen ..	80
	2. Öffentlicher Zweck, öffentliche Aufgaben und Staatsaufgaben ...	81
	3. Zur normativen Vorprägung des öffentlichen Zwecks .....	84

<b>IV. Der Gedanke materieller Rechtsstaatlichkeit .....</b>	<b>84</b>
1. Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 GG) und Beibehaltung des Grundrechtsschutzes .....	85
2. Sicherung materieller Rechtsbindungen .....	85
3. Keine Verunklarung materieller Verantwortlichkeit .....	86
<b>C. Anforderungen aus dem Sozialstaatsprinzip .....</b>	<b>86</b>
<b>D. Spezielle Anforderungen aus der Garantie kommunaler Selbstverwaltung .....</b>	<b>88</b>
I. Öffentliche Zweckbindung kommunaler Wirtschaft als Ausfluß des Homogenitätsgebotes in Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG ..	88
II. Ingerenzpflicht als Ausfluß von Einheitlichkeit der Verwaltung und Verantwortlichkeit der Gemeindevertretung .	89
III. Räumliche Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung ....	91
<b>E. Grundrechtlich geforderte Verfolgung eines öffentlichen Zwecks bei öffentlicher Wirtschaftstätigkeit .....</b>	<b>93</b>
I. Wettbewerbsteilnahme der öffentlichen Hand als faktische Grundrechtsbeeinträchtigung .....	93
II. Die Verfolgung öffentlicher Zwecke als verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs .....	95

### Dritter Teil

<i>Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Organisations- und Strukturdirektiven auf der einfachrechtlichen Ebene .....</i>	97
--	----

<b>§ 7 Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei Unternehmen mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform .....</b>	<b>97</b>
<b>A. Typik der verfügbaren öffentlich-rechtlichen Rechtsformen .....</b>	<b>97</b>
I. Der Regiebetrieb als Grundmodell der wirtschaftlichen Betätigung des Staates .....	98
1. Historische Entwicklungslinien .....	98
2. Bruttobetriebe .....	98
3. Nettobetriebe, insbesondere gem. § 26 Abs. 1 BHO/LHO .....	100
II. Der Eigenbetrieb als traditioneller Regelfall kommunalen Wirtschaftens in öffentlich-rechtlicher Rechtsform .....	101
1. Historische Entwicklungslinien .....	101
2. „Sondervermögen“ als Erscheinungsformen auf der Staatsebene ..	102
3. Grundstrukturen des Eigenbetriebsrechts .....	104
4. Falsch etikettierte Eigenbetriebe .....	106
III. Die rechtsfähige Anstalt als Sonderform öffentlicher Unternehmen .....	106
1. Historische Entwicklungslinien .....	106

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIII
2.	Notwendigkeit eines Errichtungsgesetzes .....	108
3.	Grundstrukturen der Anstaltsverfassung .....	109
4.	Sektorale Durchsetzung mit kapitalgesellschaftsrechtlichen Strukturelementen .....	113
<b>IV.</b>	<b>Der Zweckverband als Modell körperschaftlich verfaßter Kooperation .....</b>	<b>114</b>
<b>V.</b>	<b>Ausblendung sonstiger öffentlich-rechtlicher Rechtsformen ..</b>	<b>116</b>
<b>B.</b>	<b>Zum Grad der Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Struktur- und Organisationsdirektiven .....</b>	<b>117</b>
I.	Zweckprogrammierung .....	117
1.	Rechtliche Möglichkeiten .....	117
2.	Umsetzung in der Praxis .....	118
<b>II.</b>	<b>Steuerung durch Einwirkung .....</b>	<b>120</b>
1.	Zur Differenzierung zwischen Einwirkung und Kontrolle .....	120
2.	Einwirkung auf Regiebetriebe .....	121
3.	Einwirkung auf Eigenbetriebe .....	122
4.	Einwirkung auf rechtsfähige Anstalten .....	124
5.	Einwirkung auf Zweckverbände .....	127
<b>III.</b>	<b>Steuerung durch Kontrolle .....</b>	<b>128</b>
1.	Finanz- und Wirtschaftlichkeitkontrolle .....	128
2.	Aufgabenerfüllungskontrolle .....	129
3.	Die rechtsformabhängige Ausgestaltung der Finanz- und Aufgabenerfüllungskontrolle .....	130
a)	Regiebetriebe .....	130
b)	Eigenbetriebe .....	131
c)	Rechtsfähige Anstalten .....	134
d)	Zweckverbände .....	135
e)	Fazit .....	135
<b>IV.</b>	<b>Demokratische Legitimation .....</b>	<b>135</b>
1.	Allgemeine Organbestellung .....	136
2.	Das Sonderproblem der Mitbestimmung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen .....	139
a)	Bestandsaufnahme der Mitbestimmungspraxis .....	139
b)	Bundesverfassungsgerichtliche Vorgaben .....	142
c)	Konsequenzen für die personelle Mitbestimmung .....	143
d)	Konsequenzen für die direkte Mitbestimmung .....	145
<b>V.</b>	<b>Fazit .....</b>	<b>148</b>
<b>§8</b>	<b>Motive des unternehmensmorphologischen Paradigmenwechsels ..</b>	<b>149</b>
<b>A.</b>	<b>Historische Entwicklungslinien und Statistik .....</b>	<b>149</b>
<b>B.</b>	<b>Überprüfung der Motive für die Wahl privater Rechtsformen .....</b>	<b>153</b>
I.	Strukturelle Flexibilität bei Errichtung und Auflösung .....	153
II.	Beweglichere Aufbau- und Ablauforganisation .....	157
III.	Kreditwürdigkeit und Kreditfinanzierungsmöglichkeiten .....	158

IV. Haftungsbeschränkung .....	159
V. Flexibilität in der Personalwirtschaft .....	160
VI. Steuerliche Vorteile .....	163
VII. Kooperationsmöglichkeiten .....	167
VIII. Öffentliches Vergabewesen .....	168
IX. Sonstige Motive .....	171
X. Fazit .....	172
<b>§ 9 Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei Unternehmen mit privatrechtlicher Rechtsform .....</b>	<b>173</b>
A. Typik der verfügbaren privatrechtlichen Rechtsformen .....	173
I. Grundzüge der Organisationsverfassung der Aktiengesellschaft .....	174
II. Grundzüge der Organisationsverfassung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	177
III. Besonderheiten der sog. „kleinen“ Aktiengesellschaft .....	179
B. Zum Grad der Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Struktur- und Organisationsdirektiven .....	182
I. Zweckprogrammierung .....	183
1. Rechtliche Möglichkeiten .....	183
2. Umsetzung in der Praxis .....	187
II. Steuerung durch Einwirkung .....	189
1. Die Einräumung eines angemessenen Einflusses des öffentlichen Gesellschafters bei der Organbildung .....	190
a) Sicherung der Stimmrechtsmacht in der Anteilseignerversammlung .....	191
aa) Gesellschafterversammlung der GmbH .....	191
bb) Hauptversammlung der AG .....	192
b) Teilhabe an der personellen Besetzung der Leitungs- und Aufsichtsorgane .....	194
aa) Teilhabe an der Zusammensetzung von Geschäftsführung und fakultativem oder obligatorischem Aufsichtsrat einer GmbH .....	194
bb) Teilhabe an der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat einer AG .....	196
2. Die Einwirkung des öffentlichen Gesellschafters auf die Willensbildung in der Gesellschaft durch Weisungsrechte .....	197
a) Einwirkung auf die Vertreter in der Anteilseignerversammlung .....	198
aa) Weisungsgebundene Vertreter der öffentlichen Hand .....	198
bb) Zulässigkeit proportional gespaltener Stimmabgabe? .....	199
aaa) Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	201
bbb) Aktiengesellschaft .....	202
b) Einwirkung auf die Mitglieder im Aufsichtsrat .....	203

aa) Aktiengesellschaft .....	204
bb) Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	207
cc) Stimmbindungsverträge mit Aufsichtsratsmitgliedern? ....	208
c) Einwirkung auf das Leitungsorgan .....	209
aa) Einwirkung auf den Vorstand einer Aktiengesellschaft ...	209
bb) Einwirkung auf die Geschäftsführung einer GmbH .....	210
3. Die Einwirkung des öffentlichen Gesellschafters auf die Willensbildung in der Gesellschaft durch Mittel des Konzernrechts .....	214
a) Unternehmenseigenschaft der öffentlichen Hand .....	215
b) Einwirkung mit Mitteln des Vertragskonzernrechts .....	217
aa) Umfang und Grenzen des Weisungsrechts .....	218
bb) Die Pflicht zum Verlustausgleich .....	219
cc) Die Einschaltung einer Holding-GmbH .....	222
c) Einwirkung im faktischen Konzern .....	223
aa) Der einfache faktische Konzern .....	223
bb) Der qualifizierte faktische Konzern .....	226
4. Fazit zur Steuerung durch Einwirkung .....	227
III. Steuerung durch Kontrolle .....	230
1. Finanz- und Wirtschaftlichkeitskontrolle .....	230
a) Abschlußprüfung nach §§ 264 ff. HGB .....	230
b) Erweiterte Jahresabschlußprüfung nach § 53 HGrG .....	232
aa) Ordnungsgemäßheit der Geschäftsführung .....	233
bb) Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse .....	234
c) Betätigungsprüfung nach §§ 44, 54 HGrG, 92 BHO/LHO ....	235
d) Adressaten der Prüfungsergebnisse .....	237
e) Finanzplanungspflicht .....	239
2. Aufgabenerfüllungskontrolle .....	240
a) Berichtspflichten .....	240
aa) Aktiengesellschaft .....	240
aaa) Verschwiegenheitspflicht der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder .....	241
bbb) Partielle Informationsöffnung durch § 394 AktG ...	242
ccc) Insbesondere Berichtspflichten in den Gemeindeordnungen .....	243
bb) Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	244
cc) Auswahl der Berichtsadressaten .....	245
b) Teilnahme von Ratsvertretern an Aufsichtsratssitzungen? ....	248
c) Beteiligungsberichte .....	249
3. Beteiligungsverwaltung .....	250
a) Organisation .....	251
b) Aufgaben .....	251
c) Verschwiegenheitspflicht .....	252
d) Schwachpunkte .....	253
IV. Demokratische Legitimation .....	253
1. Zum Erfordernis einer organisatorisch-personellen demokratischen Legitimation in Eigengesellschaften .....	254

2. Demokratische Legitimation und kapitalgesellschaftliche Binnenstruktur .....	256
3. Demokratische Legitimation und Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen privaten Rechts .....	258
4. Organisatorisch-personelle Legitimation in gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen .....	262
V. Fazit .....	265
Vierter Teil	
„Verwaltungsgesellschaftsrecht“ als dogmatischer Lösungsansatz? .....	269
<i>§ 10 Das dogmatische Konzept des Verwaltungsgesellschaftsrechts</i> .....	270
A. Kritik an der These vom „Vorrang“ des Gesellschaftsrechts .....	270
B. Verfassungskonforme Auslegung des Gesellschaftsrechts .....	272
C. Anknüpfung an die Lehre vom Verwaltungsprivatrecht .....	273
D. Grundmuster und Modalitäten der Normüberlagerung .....	274
E. Einzelne Elemente des Verwaltungsgesellschaftsrechts .....	275
I. Weisungsrechte gegenüber Vorstand oder Aufsichtsrat .....	276
II. Unzulässigkeit direktiver Mitbestimmung .....	278
<i>§ 11 Kritik an der Lehre vom Verwaltungsgesellschaftsrecht</i> .....	279
A. Methodische Notwendigkeit verfassungskonformer Auslegung des Gesellschaftsrechts? .....	279
I. Die übergangene Entscheidungsalternative .....	280
II. Zum Verständnis der §§ 394, 395 AktG .....	281
III. Gefahr eines Zirkelschlusses .....	282
B. Verwaltungsgesellschaftsrecht als Facette des Verwaltungsprivatrechts? .....	283
I. Handlungsrecht und Organisationsrecht .....	283
II. Rechtsfolgenklarheit als Voraussetzung der privatrechtsüberlagernden Wirkkraft .....	286
III. Unterschiedliche Grundrechtsrelevanz .....	287
C. Zum Grundmuster der Überlagerung: praktische Konkordanz? ..	289
D. Zu den einzelnen Elementen des Verwaltungsgesellschaftsrechts ..	290
I. Dogmatische Verengung der Vorschläge auf Eigengesellschaften .....	290
II. Unmittelbare Verfassungswertigkeit der Einzelweisungsbefugnis? .....	291
III. Statthaftigkeit von Einzelweisungen als Folge eines argumentum a maiore ad minus aus der Möglichkeit zur Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern? .....	293

E. Fazit .....	294
----------------	-----

## Fünfter Teil

<i>Die Entwicklung einer „öffentlich-rechtlichen Gesellschaft“ .....</i>	297
<b>§ 12 Die de lege ferenda eröffneten Gestaltungsoptionen .....</b>	297
A. Schaffung eines Sondergesellschaftsrechts für öffentliche Unternehmen .....	297
I. Formulierung zusätzlicher Ausnahmetatbestände .....	298
II. Neukreation einer privatrechtlichen (Sonder-)Rechtsform ....	299
B. Modifikation des geltenden Eigenbetriebsrechts .....	300
C. Entwicklung einer eigenständigen öffentlich-rechtlichen Rechtsform für öffentliche Unternehmen .....	302
<b>§ 13 Zum Stand der Diskussion um eine eigenständige Rechtsform für öffentliche Unternehmen .....</b>	305
A. Rein ordnungspolitisch motivierte Vorschläge .....	306
B. Rechtsformkonzepte auf der Basis des Privatrechts, des Stiftungsrechts oder einer unselbständigen Anstalt .....	307
C. Rechtsformentwürfe für öffentliche Unternehmen der Kommunen .....	308
I. Verband kommunaler Unternehmen (1954) .....	309
II. Gerhard Wicher (1963) .....	310
III. Wolfgang Büchner (1982) .....	311
IV. Dirk Ehlers (1984) .....	312
V. Heinrich Schraffer (1993) .....	312
D. Rechtsformentwürfe für öffentliche Unternehmen des Bundes, der Länder und Kommunen .....	313
I. Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft/Friedrich Zeiß (1955) ..	313
II. Bernd Janson (1980) .....	315
III. Michael Schaper (1982) .....	316
E. Aktuelle Entwicklungen im Gemeindewirtschaftsrecht .....	317
I. Berlin .....	317
II. Bayern .....	318
III. Rheinland-Pfalz .....	319
IV. Nordrhein-Westfalen .....	320
F. Organisationsvorbilder öffentlicher Unternehmen im ausländischen Recht .....	321
I. Frankreich .....	322

I.	Das Konzept des service public .....	322
2.	Rechtsformen der öffentlichen Unternehmen .....	325
3.	Steuerungsmöglichkeiten des Staates .....	326
II.	Spanien .....	327
1.	Servicio Público und Art. 128 Abs. 2 CE .....	328
2.	Rechtsformen der Aufgabenwahrnehmung .....	330
3.	Reformansätze .....	331
III.	Schweiz .....	332
1.	Überblick .....	333
2.	Rechte der öffentlichen Hand bei den im öffentlichen Interesse tätigen Aktiengesellschaften, Art. 762 OR .....	335
3.	Spezialgesetzliche Aktiengesellschaften gem. Art. 763 OR .....	337
IV.	Schlußfolgerung .....	338
<b>§ 14</b>	<b>Konzeptionelle Grundentscheidungen .....</b>	<b>340</b>
A.	Anlehnung an die „Organisationsverfassung“ der rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts .....	340
I.	Vorzüge der Anstaltsform .....	341
II.	Anstaltsträgerschaft als unverzichtbares Kernelement des Anstaltsorganisationsrechts .....	342
III.	Fortbestand von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung? .....	343
B.	Verbandskompetenz zur Kreation einer eigenständigen Rechtsform für öffentliche Unternehmen .....	347
I.	Bundeskompotenten in speziellen Wirtschaftssektoren .....	347
II.	Die Bundeskompetenz „Recht der Wirtschaft“ in Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG .....	348
III.	Landeskompotenten im Bereich der Verwaltungsorganisation .....	349
IV.	Bundesgesetz als fakultatives Organisationsvorbild .....	350
C.	Materieller Geltungsanspruch des Errichtungsgesetzes .....	352
I.	Die neue Rechtsform als zusätzliche Gestaltungsoption .....	352
II.	Einbezug gemischt-wirtschaftlicher Unternehmen .....	353
III.	Geltung auch für sog. nicht-wirtschaftliche Unternehmen .....	354
<b>§ 15</b>	<b>Einzelmaßgaben für eine Ausgestaltung der „Öffentlich-rechtlichen Gesellschaft“ .....</b>	<b>357</b>
A.	Zweckprogrammierung .....	358
B.	Innere Organisationsverfassung .....	360
I.	Art der Organe .....	361
II.	Wahrung demokratischer Legitimationsanforderungen bei der Zusammensetzung der Organe .....	363

C. Steuerung durch Einwirkung und Kontrolle .....	365
I. Einwirkung .....	365
1. Einwirkung auf die Unternehmensführung .....	366
2. Einwirkung auf den Verwaltungsrat .....	367
3. Einwirkung auf die Unternehmensversammlung .....	369
II. Kontrolle .....	370
1. Finanz- und Wirtschaftlichkeitskontrolle .....	370
2. Aufgabenerfüllungskontrolle .....	372
a) Verbesserung der internen und externen Kontrolle .....	372
b) Berichtspflichten und Geheimnisschutz .....	373
D. Demokratische Legitimation .....	375
I. Legitimationspostulat und Mitbestimmung .....	375
II. Legitimationspostulat und Beteiligung Privater .....	377
1. Beteiligung als typischer stiller Gesellschafter .....	379
2. Beteiligung als atypischer stiller Gesellschafter .....	380
3. Einbindung der Anstalt in eine privatrechtliche Konzernstruktur ..	382
4. Beteiligung Privater durch stimmrechtslose Vorzugsanteile .....	386
5. Echte Beteiligung unter Einräumung mitunternehmerischer Rechte .....	387
6. Fazit .....	389
§16 Zusammenfassung in Thesen .....	390
Literaturverzeichnis .....	397
Sachregister .....	419